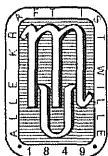


Die Stellung des Beschuldigten und seines Verteidigers im reformierten Vorverfahren

von

Verena Lechner



Wien 2010

Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einleitung	1

Teil 1:

Grundlagen und Entwicklung der Strafprozessreform	3
I. Die Ausgangslage des Reformprozesses.....	3
II. Der Reformprozess.....	5
A. Das <i>Miklau-Szymanski</i> -Modell und das Konzept des BMJ 1991	6
B. Das Konzept der Arbeitsgruppe StPO-Reform des BMI 1995.....	8
C. Die Punktation des BMJ 1995.....	10
D. Der Diskussionsentwurf 1998.....	11
E. Der Ministerialentwurf 2001.....	13
F. Die Regierungsvorlage 2002 bzw 2003).....	16
G. Das Strafprozessreformgesetz und seine Änderung durch das Strafprozessreformbegleitgesetz I und II sowie das Budgetbegleitgesetz 2009	17
1. Die Begriffe des Privatbeteiligten und des Opfers.....	17
2. Kein Anwesenheitsrecht von schlichten Vertrauenspersonen und Änderung der Beschränkung von Akteneinsicht in Haftfällen.....	18
3. Einspruch wegen Rechtsverletzung.....	18
4. Der Begriff der subjektiven Rechte	19
5. Positiver und negativer Kompetenzkonflikt zwischen UVS und Strafgerichten	20
6. Das Beweisverbot des § 166	22
7. Stärkung der Leitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft	22
8. Kompetenzen des Ermittlungsrichters	23
9. Einführung einer Korruptionsstaatsanwaltschaft	24
10. Entlastungsmaßnahmen des Budgetbegleitgesetzes 2009.....	25

Teil 2:

Die Verteidigungsrechte des Beschuldigten und die Rolle des Verteidigers im reformierten Vorverfahren	27
I. Die Informationsrechte des Beschuldigten.....	27

A. Die Rechtsbelehrung des Beschuldigten – § 50	27
1. Die Grundlagen und der Umfang der Rechtsbelehrung	27
2. Der Aufschub der Rechtsbelehrung	30
3. Die zeitlichen Vorgaben für die Rechtsbelehrung des Beschuldigten und der Beschuldigtenbegriff des § 48	32
a. Problematik der Formulierung „sobald wie möglich“	32
b. Gefahr von Umgehungsstrategien?	34
c. Rechtsschutztauglichkeit des Einspruchs bei Verstößen gegen § 50?	35
B. Das Recht auf Akteneinsicht und das hierfür vorgesehene Verfahren – §§ 51 bis 53	36
1. Die Regelung der §§ 51 ff.	37
2. Die Verweigerung und Beschränkung des Einsichtsrechts	40
a. Die Verweigerung und Beschränkung des Einsichtsrechts vor Beendigung des Ermittlungsverfahrens	40
b. Die Verweigerung und Beschränkung des Einsichtsrechts nach Beendigung des Ermittlungsverfahrens	41
c. Die Verweigerung und Beschränkung des Einsichtsrechts in Haftfällen	43
▪ Beschränkung der Akteneinsicht vor Verhängung der Untersuchungshaft	44
▪ Inhaltliche Beschränkung der Akteneinsicht	45
▪ Der Ermittlungsrichter als Korrektiv zur Beschränkung der Akteneinsicht?	46
d. Die Erweiterung des Einsichtsrechts auf den Beschuldigten ...	47
e. Der Einspruch (§ 106) gegen die Verweigerung der Akteneinsicht	49
▪ Begründungspflicht bei Eingriffen in subjektive Rechte ...	50
▪ Das Fehlen einer Begründung als Anlass des Einspruchs ..	51
▪ Der Begriff des Ermessens	52
C. Das Verbot der Veröffentlichung als Korrektiv zu den erweiterten Informationsrechten des Beschuldigten – § 54	53
1. Gegenstand und Adressatenkreis des § 54	53
2. Der Schutzbereich des § 54	57
3. Sanktionierung von Verstößen gegen § 54	59
D. Übersetzungshilfe – § 56	60
1. Allgemeines	60
2. Die Person des Übersetzers	62
3. Der Umfang der Übersetzungshilfe	64
a. Verteidigergespräche	65
▪ Zeugnisenstlagungsrecht des Dolmetschers?	65
b. Übersetzungshilfe zur Akteneinsicht	68
4. Übersetzungshilfe für gehörlose oder stumme Beschuldigte	69

II. Die Hinzuziehung des Verteidigers als Rechtsbeistand des Beschuldigten	70
A. Die Rechtsstellung des Verteidigers – § 57	70
B. Die Kontaktaufnahme, Bevollmächtigung und Besprechung des Beschuldigten mit dem Verteidiger – §§ 58, 59	71
1. Die Bestimmung des § 58 Abs 1	71
2. Die Kontaktaufnahme des Beschuldigten mit einem Verteidiger	72
a. Hilfestellung durch die Strafverfolgungsorgane?	72
b. Zuwarten bis zum Eintreffen des Verteidigers?	73
c. Die Rechtsprechung des BGH zur Frage der aktiven Hilfeleistung	74
3. Die inhaltliche Besprechung mit dem Verteidiger	76
4. Die Überwachung und Beschränkungen des Verteidigerkontakts	79
a. Die Überwachung und Beschränkung des Verteidigerkontakts gem § 59 Abs 1	79
▪ Die Regelung des § 59 Abs 1	79
▪ Beeinträchtigung der Beschuldigtenvernehmung durch Verteidigergespräche?	80
▪ Die Zulässigkeit einer Beschränkung des Verteidigerkontakts	81
▪ Die Wechselwirkung zwischen § 59 Abs 1 und § 164 Abs 2	83
▪ Die Bedeutung von § 172 Abs 1 für § 59 Abs 1	83
b. Überwachung des Verteidigerkontakts gem § 59 Abs 2	84
▪ Die Regelung des § 59 Abs 2	84
▪ Die Zulässigkeit einer Überwachung des Verteidigerkontakts und die Bedeutung der Rechtsprechung des EGMR für diese	85
▪ Die zeitliche Grenze der Gesprächsüberwachung	89
c. Die praktische Durchführung der Kontaktbeschränkung nach § 59 Abs 1 sowie der Begriff der Überwachung nach § 45 Abs 3 StPO aF und § 59 Abs 2	90
d. Rechtsschutztauglichkeit des Einspruchs	91
e. Das Verhältnis zwischen § 59 Abs 1 und 2	94
C. Der Ausschluss des Verteidigers gem § 60	95
1. Der Ausschluss nach der StPO aF	95
a. Ungebührliches Benehmen des Verteidigers	96
b. Der Verteidiger als Zeuge	96
▪ Der Ausschluss von der Verteidigung in der Hauptverhandlung	96
▪ Der Ausschluss von der Verteidigung im Ermittlungsverfahren	97

2. Die Regelungen der Reformentwürfe	98
a. Der Diskussionsentwurf 1998	98
b. Der Ministerialentwurf 2001	98
c. Die Regierungsvorlage 2002	98
d. Die Regelung des StPRefG	99
D. Die Begebung eines Verteidigers – § 61	101
1. Die notwendige Verteidigung	101
2. Die Begebung eines Verfahrenshilfeverteidigers	104
E. Die Bestellung eines Verteidigers – § 62	108
1. Das Institut der Pflichtverteidigung	108
2. Die Verteidigung durch zum Richteramt befähigte Personen	110
3. Die Bestellung eines Verteidigers für mehrere Beschuldigte	111
III. Die materiellen Verteidigungsrechte des Beschuldigten und die Bedeutung des Verteidigers für deren Effektivität	111
A. Die Regelung des Beweisantragsrechtes – § 55	111
1. Der Beweis Antrag des Beschuldigten	111
2. Die Durchführung und das Unterbleiben der beantragten Beweisaufnahme	112
a. Die Gefahr des Verlusts des Beweismittels	113
b. Die unmittelbare Beseitigung des Tatverdachts	115
3. Verfahrensrechtliche Anmerkungen	117
4. Kritik am Beweisantragsrecht des Beschuldigten im Vorverfahren	119
a. Einschränkung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes?	119
b. Das Verzögerungspotential von Teilhabe- und Kontroll- rechten des Beschuldigten	120
B. Teilnahmerechte des Beschuldigten: Augenschein und Tatrekonstruktion – §§ 149, 150	121
1. Die Tatrekonstruktion	121
2. Der Augenschein	123
a. Allgemeines zur Durchführung	123
b. Verschlechterung gegenüber der StPO aF	123
c. Beauftragung eines Sachverständigen	125
d. Grundsätzlicher Anspruch auf Einhaltung der Verfahrens- bestimmungen?	125
C. Die Vernehmung des Beschuldigten – § 164	127
1. Die Belehrung des Beschuldigten	127
a. Funktion und Inhalt der Belehrung	127
b. Die Wahrheitserinnerung des § 199 Abs 1 StPO aF	128
2. Das Recht auf Beratung mit einem Verteidiger	129
3. Das Recht auf Hinzuziehung eines Verteidigers	132
a. Die Anerkennung des Anwesenheitsrechts durch den VwGH	132

b. Die Regelung des StPRefG.....	133
c. Eine Betrachtung des Diskussionsprozesses.....	134
▪ Die Gefahr einer sinkenden Aufklärungsquote	134
▪ Die Möglichkeit der Verabredung und Verdunkelung durch eine schlichte Vertrauensperson	135
▪ Psychische Unterstützung und Schutz vor physischen Übergriffen sowie Verleumdung	136
▪ Die Wahrung der Rechtmäßigkeit der Vernehmungssituation	137
d. Die Aufgaben und die Rolle des Verteidigers bei der Vernehmung des Beschuldigten.....	139
▪ Die Funktionen eines stillen Beobachters.....	139
▪ Die Einschränkung der Verteidigung durch das Beteiligungsverbot.....	140
▪ Resümee	141
e. Der Ausschluss des Verteidigers von der Anwesenheit bei der Vernehmung des Beschuldigten	142
▪ Die Regelung des § 164 Abs 2 dritter Satz	142
▪ Kritik an der Regelung des § 164 Abs 2 dritter Satz.....	143
f. Die Anfertigung einer Ton- oder Bildaufnahme als Korrektiv zur Nichtanwesenheit eines Verteidigers	146
g. Anwesenheitsrecht oder Anwesenheitspflicht?	147
D. Vernehmungsregeln und gesetzwidrige Vernehmungsmethoden.....	149
1. Verbotene Drohungen, Versprechungen und Vorspiegelungen..	150
2. Zwangsmittel.....	152
3. Sonstige Beeinträchtigung der Willensfreiheit	153
a. Maßnahmen geständnisgleicher Wirkung.....	153
b. Psychologisch-psychiatrische Untersuchung des Beschuldigten	154
c. Verfahren zur Erzielung unwillkürlicher Äußerungen	154
4. Die Fragestellung betreffende Vernehmungsregeln im Einzelnen.....	156
a. Fangfragen	156
b. Suggestivfragen.....	157
E. Verstöße gegen Vernehmungsregeln und die Konsequenzen	158
1. Allgemeines	158
2. Das Verwertungsverbot des § 166 Abs 1 Z 1	160
3. Die Verwertungsverbote des § 166 Abs 1 Z 2	161
a. Inhaltliche Gründe für die Unverwertbarkeit einer Aussage ..	162
▪ Erforderliche Distanzierung des Staates	164
▪ Mangelhaftigkeit des Beweiswertes	165
b. Die fundamentalen Verfahrensgrundsätze und ihre Verletzung.....	166

▪ Gesetz- und Verhältnismäßigkeit	167
▪ Rechtliches Gehör, Recht auf Verteidigung und die weiteren Beschuldigtenrechte	167
▪ Verletzung fundamentaler Verfahrensgrundsätze	169
c. Unerlaubte Einwirkung auf die Willensfreiheit und Anwendung unzulässiger Vernehmungsmethoden	169
4. Das Problem der Beweislastverteilung bei Verfahrensverstößen	172
a. Der zweifelsfreie Nachweis der Rechtsverletzung	172
b. Die Glaubhaftmachung der Rechtsverletzung	173
c. Ergebnis	174
5. Die Vorgehensweise hinsichtlich der Protokolle fehlerhafter Vernehmungen	175
a. Problematik	175
b. Anwendung von § 75?	177
c. Fazit	178
6. Exkurs: Die Reichweite von Verwertungsverböten	178
a. Fernwirkung von Verwertungsverböten	178
b. Fortwirkung von Verwertungsverböten	182
7. Die Umgehung von Verwertungsverböten	183
a. Umgehung durch Einholung bloßer Erkundigungen	184
b. Verwertbarkeit spontaner Äußerungen	186
▪ Spontane Äußerungen des Beschuldigten	186
▪ Spontane Äußerungen des verhafteten Beschuldigten?	187
▪ Spontane Äußerungen eines Zeugen	188
F. Die Regelung körperlicher Untersuchungen durch das StPRefG – § 123	190
1. Die Bestimmung des § 123 im Einzelnen	190
2. Die Problematik zwangsweiser Blutabnahmen	192
a. Die Judikatur des VfGH und des EGMR	193
▪ Die Position des VfGH	193
▪ Die Position des EGMR	195
b. Argumentationslinien im Wandel: Vom Ministerialentwurf 2001 zum StPRefG	196
c. Zwangsweise Eingriffe in die körperliche Integrität als unbedenkliche Duldungspflichten?	199
3. Vernichtung der Untersuchungsergebnisse?	201
4. Die Beweisverwertung	203
Schlusswort	205
Literaturverzeichnis	209
Anhang	217
Zusammenfassung	217
Stichwortverzeichnis	219